

Zeitalter der Unsicherheit

Volker Gerhardt

Das grundlegende Ziel der Sicherheit

Menschen waren zu allen Zeiten Lebensrisiken ausgesetzt. In modernen, komplexen Gesellschaften haben sich diese nur auf andere Felder verschoben, verschwunden sind sie nicht. Sie beherrschbar zu machen und einzuhegen, das ist die zentrale Aufgabe von Politik. Die klassische Philosophie bietet hierfür das theoretische Fundament.

In einem vor nicht ganz zwei Jahren erschienenen Handwörterbuch der Politischen Philosophie (hg. von Stefan Gosepath, Wilfried Hinsch und Beate Rösler) fehlt der Artikel über Sicherheit. Vermutlich ist der Zufall daran schuld. Es kann, wie man weiß, immer einmal vorkommen, dass ein Autor nicht liefert. Wenn es dann in kurzer Frist nicht möglich ist, für Ersatz zu sorgen, bleibt das Stichwort unbehandelt.

Man könnte das Fehlen aber auch als symptomatisch ansehen: Ist es denn ausgeschlossen, dass die drei Herausgeber – zwei aus dem Schulzusammenhang der Kritischen Theorie, einer aus der zweiten Generation der Schüler von John Rawls – die Sicherheit für eine Frage halten, die sich in postnationalen Gesellschaften erledigt hat? Muss nicht Sicherheit immer schon gegeben sein, ehe die politische Philosophie mit ihrer zentralen Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit einsetzen kann? Und wenn im stets vorausgesetzten Leben die Verteilung von Chancen und Gütern die Hauptfrage ist, könnte man doch die Meinung vertreten, das Sicherheitsproblem liege jenseits des Problemhorizonts der politischen Philosophie.

Natürlich ist das eine karikierende Konsequenz. Sie verbietet sich schon deshalb, weil das Leben zum alles andere voraussetzenden Gut gehört. Auch hier gibt es



Volker Gerhardt

(* 1944) ist seit 1992 Professor für Praktische Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Volker.Gerhardt@Philosophie.hu-berlin.de

eine »Verteilungsfrage«, wie die Bilanz der Toten und der Überlebenden nach Kriegen und Terroranschlägen vor Augen führt.

Ein Defizit im Bewusstsein von Theoretikern

Man kann aber auch grundsätzlich argumentieren: Das Recht auf Leben ist mit dem Recht auf Freiheit und Gleichheit der Ausgangspunkt aller Rechte. Also hat die Sicherung des Lebens selbst nach der Logik, die Rawls zugrunde legt, der erste und wichtigste Gegenstand politischen Handelns zu sein. Keine noch so wohl gegründete Ordnung kann von der Tatsache ablenken, dass die Menschen an der Politik nur so lange ein Interesse haben, wie diese ihr Leben sichert und in seinen gegebenen Beständen schützt.

Das darf die Politische Philosophie zu keinem Zeitpunkt vergessen. Die Sicherheitsfrage hat daher ihr grundlegendes

Thema zu sein und zu bleiben. Darauf eine den Frieden sichernde Antwort zu finden, ist tatsächlich die Prämisse aller auf die Verbesserung der Lebenschancen gerichteten Überlegungen. Es wäre verhängnisvoll, das Sicherheitsproblem in den vorpolitischen Raum zu verbannen, für den dann Andere (»Militärs«, »Polizeioffiziere« oder »Sicherheitsfirmen«) zuständig sind. Der Schutz des Lebens gehört vielmehr ins Zentrum der Politik, die, noch bevor sie auf die Verteilung ideeller und materieller Güter bezogen sein kann, für ein unversehrtes Dasein der Bürger zu sorgen hat.

Für die klassischen Theorien der Politik stand das Problem der Sicherheit, am Anfang ihrer Lehren und blieb bei allem Vorrang, den die Begründung und Anwendung der Prinzipien hatte, in deren Mittelpunkt. Das ließe sich an so gut wie allen überlieferten Theorien von Platon bis Hobbes belegen. Für die Gegenwart aber ist es wichtiger, an einen Theorieimpuls zu erinnern, der aus dem ausgehenden 18. Jahrhundert stammt.

Ein ziviles Projekt der Sicherheitspolitik

Der junge Wilhelm von Humboldt hat 1792, noch bevor er Sprachforscher und später für kurze Zeit auch Universitäts- und Bildungspolitiker wurde, eine beachtliche Schrift über die Politik in den Grenzen des Staates geschrieben (*Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*). In ihrem Ansatz wird die Sicherheitspolitik auf eine neue Stufe gehoben.

Humboldts grundlegende Einsicht ist mit der Erwartung verknüpft, der Einzelne habe zu erkennen, dass die Ausführung seiner Lebenspläne von der persönlichen Sicherheit abhängt, die ihm durch die Staatstätigkeit gewährt werden muss. Deren Aufgabe besteht eigentlich in nichts anderem als in der verlässlichen Garantie

der Sicherheit für jeden einzelnen Bürger.

Die Pointe dieser genialen Verknüpfung der Staatszielbestimmung besteht darin, dass sich die Forderung nicht, wie bei Hobbes, auf das nackte Leben des Bürgers beschränkt. Sie ist vielmehr auf die Wahrung seiner »Selbstthätigkeit« gerichtet. Auch darin geht Humboldt vom Leben aus. Als aufmerksamer Leser Kants weiß er, dass alles Lebendige sich selbst organisiert. Jedes Lebewesen ist »selbsttätig« auf seine Art, und das Spezifikum der menschlichen Selbstorganisation besteht in der individuellen Selbstbestimmung. Sie liegt der persönlichen Lebensführung des Menschen zugrunde, erlaubt ein durch eigene Einsicht gesteuertes Handeln im sozialen Zusammenhang und fächert sich erst im gesellschaftlichen Gegeneinander zur Vielfalt eigener Lebensentwürfe auf. Die in der Selbstbestimmung gipfelnde Selbsttätigkeit ist die Bedingung der ethischen Verantwortung des Menschen – im privaten wie im politischen Kontext.

John Stuart Mill, der bedeutendste Theoretiker der modernen Demokratie, hat 60 Jahre nach Humboldt mit scharfem Blick erkannt, worin das Neue der Konzeption Humboldts liegt: Hier werden nicht einfach die gegebenen Lebensbestände gesichert. Es genügt auch nicht, für eine gute Erziehung zu sorgen, die einst Platon hoffen ließ, dass jeder auf seinem Platz das Beste für den Staat zu geben vermag. Humboldt möchte, dass der Staat die Vielfalt der Begabungen fördert! Der Staat gewinnt seine Festigkeit im Umgang mit den noch unbekanntem Herausforderungen durch das Kommende, indem er möglichst verschiedenen Talenten Chancen gibt. Er stärkt seine Kraft in der Vereinigung gegensätzlicher Potenzen und bereitet durch Pluralisierung auf die noch im Verborgenen schlummernden Gefährdungen vor.

Man sieht sofort: Sicherheitspolitik in diesem Sinn gibt zwar die alten Ziele militärischer Abwehr nicht auf, hat aber zu-

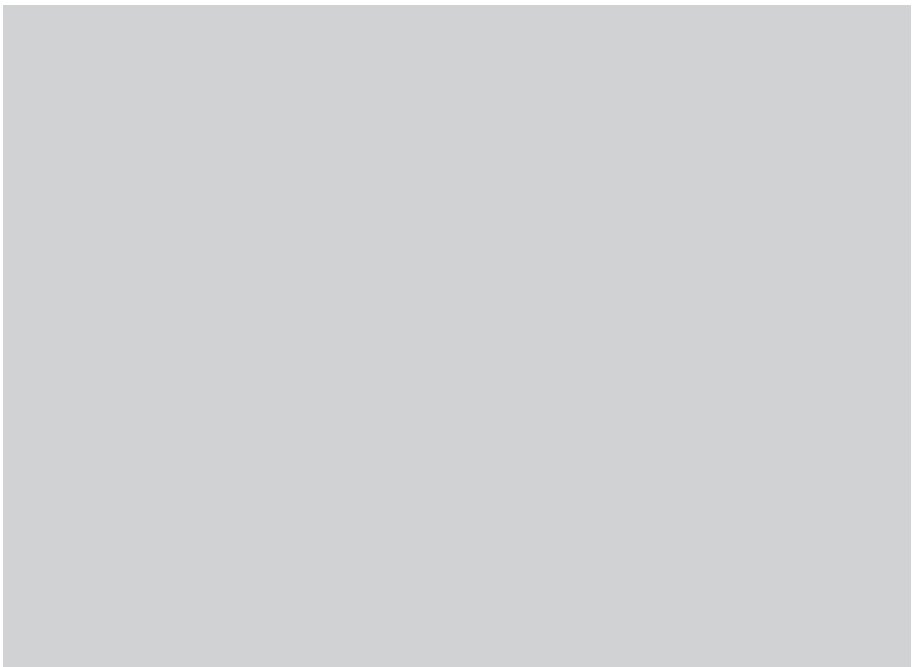
gleich auf neue zivile Aufgaben zu setzen, um die politische Widerstandskraft einer gesellschaftlichen Ordnung zu erhöhen. Innerer Ausgleich von selbst stimulierten Extremen ist ein Mittel der Sicherheitspolitik. Die Erzeugung von Antagonismen bereitet am Besten auf die Bewältigung von Spannungen vor. Toleranz ist dann nicht mehr bloß geboten, damit die Rechte Einzelner gewahrt werden, sondern damit der Staat seine wichtigste Aufgabe erfüllen kann – und die besteht in der Ausschöpfung aller Reserven, die das menschliche Leben in seiner freien Entfaltung bietet. Sicherheit, in deren Garantie weiterhin die oberste Aufgabe der Politik besteht, hat das Ziel, die Fähigkeiten eines jeden Einzelnen zu fördern, um ihn so auf den im Wechsel zugleich steigenden Anforderungen vorzubereiten. Nur in dieser Verbindung mit den eigenständiger auftretenden, ihre Heterogenität austragenden Individuen gewinnt der Staat an Sicherheit. Die ist dann aber nicht allein militärisch und polizei-

lich, sondern auch zivilgesellschaftlich definiert.

Die zivilgesellschaftliche Konzeption der Sicherheit

Der kurze Blick auf Humboldts individualitätstheoretische Politikkonzeption lehrt, dass Sicherheitspolitik nicht auf militärische und polizeiliche Maßnahmen beschränkt werden kann. Sie ist vielmehr die unter allen Bedingungen zu erbringende Basisleistung einer politischen Ordnung. An ihr sind alle zu beteiligen, die bürgerliche Verantwortung tragen. Wenn Politik auf Partizipation beruht, die in einer Demokratie möglichst alle zu aktivieren hat, sind auch alle an der Grund- und Zukunftssicherung der Gesellschaft zu beteiligen.

Ob dazu, wie Kant meinte, »Volksheere« die wichtigste Vorkehrung sind, weil die durch sie bewirkte Beteiligung aller



Bürger die Furcht vor einem Krieg vergrößert, kann heute (nicht nur angesichts der Kriegsbegeisterung zu Beginn des Ersten Weltkriegs) bezweifelt werden. Denn die Furcht ist inzwischen schon deshalb allgemein, weil die Zerstörungskraft und die Reichweite der Waffen niemanden mehr sicher sein lässt, wo immer er auch ist. Außerdem haben die Kriege des 20. Jahrhunderts gezeigt, dass der Kampf gegen die Zivilbevölkerung zum bevorzugten Mittel der Kriegsführung gehören kann.

Die Zerstörungskraft der neuen Waffensysteme und die Anschaulichkeit elektronischer Simulation vermindern überdies die Befürchtung, dass ein Berufsheer alles daran setzt, seine Existenzberechtigung im Krieg unter Beweis zu stellen. Zwar muss es notfalls möglich sein, alle Bürger zu mobilisieren. Aber das schließt die arbeitsteilige Organisation der Verteidigung – und nur um sie kann es sich handeln – nicht aus.

Die wichtigste Konsequenz der durch Humboldt stimulierten Einsicht ist, dass die klassischen Konzeptionen militärischer und polizeilicher Sicherheit nicht mehr ausreichen, um den Bestand moderner Gesellschaften zu garantieren. Äußere und innere Sicherheit sind nur Prämissen, zu denen auch die rechtliche Sicherheit gehört. Sie ist die Grundlage aller Schutzpflichten eines Staates. Ohne die Verlässlichkeit des Rechts, ohne den Schutz der Personen und der Institutionen, ohne die Immunität der Gerichte und ohne die Berechenbarkeit der Verfahren kann es keinen Zustand geben, den der Bürger als sicher empfindet.

Zur politischen Sicherheit einer Gesellschaft gehört ferner die Solidarität in sozialen Fragen. Sie kann nicht darin bestehen, jeden auch ohne Eigentätigkeit mit dem Nötigsten zu versorgen – es sei denn, er ist durch Krankheit oder dauernde Schäden schwer behindert. In der Not muss es nicht diskriminierende Hilfen prinzipiell für jeden geben, so dass er sich neue Lebenschancen eröffnen kann. Gewiss: Die

Aktivität muss von ihm selbst ausgehen. Soziale Sicherheit kann es nur auf der Basis eigener Leistungen geben. Es würde der politischen Idee der sozialen Gerechtigkeit widersprechen wenn sie nicht auf Partizipation und eigener Initiative beruhte. Nur wenn jeder einen eigenen Anteil einbringt, nimmt er Mitverantwortung für das Ganze wahr.

Also hat man ihm, wie es schon für Platon selbstverständlich war, gleiche Chancen zu eröffnen. Wenn er sie nicht ergreift, fällt das in seine Verantwortung. Eine Sozialpolitik hingegen, die den Eigenanteil der Individuen verleugnet, die verhindert, dass sich besondere Leistungen auch in besonderen Verdiensten niederschlagen, schafft Ursachen für sozialen Unfrieden. Denn die faktische Gleichheit würde die Lähmung der gesellschaftlichen Kräfte bedeuten, die wesentlich durch Vielfalt gesteigert werden. So gesehen, ist eine gelingende Migration von Menschen aus anderen Kulturen auch ein Beitrag zur Sicherheitspolitik.

Sicherheitspolitik geht davon aus, dass die Menschen als lebendige Wesen im Prinzip den gleichen Risiken ausgesetzt sind. Das hat auch für die Lebenschancen zu gelten, die heute nicht mehr bloß durch die Ökonomie und auch nicht nur durch die Ökologie, sondern auch durch einen vorbehaltlosen Umgang mit den Konsequenzen der Globalisierung eröffnet werden.

Wilhelm von Humboldts wegweisen-der Impuls, der auf Förderung der Individuen auch in der Hoffnung auf produktive Differenzierung zielt, widerspricht dem nicht. Denn die Vielfalt einer Gesellschaft bietet die beste Gewähr für die praktizierte Liberalität und eine zukunfts offene Produktivität. Wenn das Leben in komplexen Gesellschaften vornehmlich durch unvorhersehbare Störungen gefährdet ist, denen am besten durch Flexibilität begegnet werden kann, besteht die beste Vorkehrung gegen die noch nicht erkennbaren Gefahren, in der hohen Mobilität einer vielfältig gebildeten und vielseitig tätigen Population.